

# Pressemitteilung

der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

## Zur Stärkung sozialer Menschenrechte in Deutschland

20 Organisationen und Netzwerke legen den Vereinten Nationen Bericht vor

21.03.2011, Berlin. 20 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke (wsk-Allianz) haben den Vereinten Nationen einen Bericht über die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Deutschland vorgelegt. In diesem Bericht fordern sie unter anderem die Abschaffung des Sachleistungsprinzips im Asylbewerberleistungsgesetz und der 100-Prozent-Sanktionen bei Hartz IV. Weitere menschenrechtliche Anliegen sind die Überprüfung der psychiatrischen Zwangsbehandlung von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Abschaffung der Studiengebühren.

Am 6. und 9. Mai wird die deutsche Bundesregierung dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte über die Umsetzung dieser Rechte in Deutschland Rechenschaft ablegen. Die Nichtregierungsorganisationen der wsk-Allianz werden bereits am 2. Mai dem Ausschuss die in ihrem Bericht beschriebenen Probleme bei der Umsetzung sozialer Menschenrechte in Deutschland schildern. Im Anschluss wird der UN-Ausschuss Empfehlungen an Deutschland aussprechen.

**Download:** „Parallelbericht der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland zum fünften Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ über [www.wsk-allianz.de](http://www.wsk-allianz.de).

**Vermittlung von Interviews** mit Mitgliedsorganisationen der wsk-Allianz: Ingo Stamm, [wskallianz@googlemail.com](mailto:wskallianz@googlemail.com), Mobil: 0151-23248204

**Die Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland (wsk-Allianz) ist ein ad-hoc Netzwerk bestehend aus 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die wsk-Allianz gründete sich im März 2009 mit dem Ziel, einen koordinierten, gemeinschaftlichen Parallelbericht zum Fünften Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland über die Umsetzung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu verfassen. Deutschland hat diesen Pakt bereits im Jahr 1973 ratifiziert.**

### Mitglieder der wsk-Allianz:

Amnesty International,  
Sektion der Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Ban Ying e.V.  
Behandlungszentrum für Folteropfer  
Berlin  
Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe  
BPE – Bundesverband Psychiatrie-  
Erfahrener e.V.  
Bund demokratischer  
WissenschaftlerInnen  
Diakonisches Werk der EKD  
FIAN Deutschland e.V.  
Forum Menschenrechte  
Frauenhauskoordinierung e.V.  
Gesellschaft zum Schutz von  
Bürgerrecht und Menschenwürde  
Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft (GEW)  
GEW Landesverband Bayern

Humanistische Union e.V.  
Intersexuelle Menschen e.V.  
IPPNW, Deutsche Sektion der  
Internationalen Ärzte für die  
Verhütung des Atomkrieges / Ärzte  
in sozialer Verantwortung e.V.  
KOK e.V.  
Lesben- und Schwulenverband in  
Deutschland e.V.  
Unter Druck – Kultur von der Straße  
e.V.  
Zentrum für Postgraduale Studien  
Sozialer Arbeit e.V.